

Bezugspreis:

Für den Monat März 1923 100 M. ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Kompositionelle ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 6. März 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Berichtsbarkeit wider Recht!

Erlklärung der englischen Regierung.

London, 5. März. (WTB.) Im Unterhause fragte Charles ...

Die britische Regierung ist der Meinung, daß auf Grund keiner ...

Die Aufmerksamkeit der französischen Regierung ist auf diese ...

Ein Mitglied der Arbeiterpartei fragte, ob der britische ...

Berkeley fragte, ob die Regierung von der britischen ...

Zwei bedeutsame englische Nachwahlen.

Ein Minister und ein Unterstaatssekretär geschlagen.

London, 5. März. (WTB.) Bei der Wahl in Mitcham ...

London, 5. März. (WTB.) Bei der Ersatzwahl in der ...

„Observer“ bemerkt, die Wahl des Liberalen in Willesden ...

London, 5. März. (WTB.) Oberst Stanley, der ...

Beide Wahlergebnisse sind von ganz besonderer Bedeutung ...

Bei den letzten Neuwahlen sind nun einige Mitglieder ...

Partei durch königlichen Erlaß gelegentlich eines sogenannten ...

Doch ist Boscawen nicht übermäßig populär und insbesondere ...

Es ist übrigens möglich, daß die Regierung diese Gelegenheit ...

„Der verschleierte Krieg“.

Bern, 5. März. (WTB.) In einem Artikel mit der Ueberschrift ...

Die Kanzlerrede im Reichstag.

Die für heute angekündigte Rede des Reichskanzlers ...

Im Laufe des Tages wird sich der Aeltestenrat des Reichstags ...

Die neue Wirtschaftspolitik.

Von Paul Herz.

In den letzten Tagen ist im Haushaltsausschuß des Reichstags ...

Wir wollen zunächst sagen, was diese neue Wirtschaftspolitik ...

Das wäre ja vielleicht noch zu ertragen, wenn sich dieses Ziel ...

Selbstverständlich ist der Vorstoß für eine neue Wirtschaftspolitik ...

In Laienkreisen, die selbstverständlich nach Meinung der bürgerlichen ...

Und wie ist es mit der Beseitigung der Kohlensteuer? Die Kohlensteuer ...

mäßigung der Frachten die Verstärkung der Geldentwertung eine Belastung der Verbraucher die Folge ist.

Wie wenig ernst es den bürgerlichen Parteien mit dem Abbau der Preise ist, zeigt ihre Stellung zu der beantragten Erhöhung der Umsatzsteuer. Wirtschaftlich gesehen hat die Umsatzsteuer dieselbe Wirkung wie die Kohlensteuer: sie verteuert die Produktion und erhöht die Preise. Trotz der Verschiedenheit der Sätze — 40 Proz. Kohlensteuer und 2 Proz. Umsatzsteuer — ist die daraus sich ergebende Gesamtbefragung ungefähr die gleiche. In den ersten zehn Monaten des Rechnungsjahres 1922/23 hat die Umsatzsteuer 103 Milliarden, die Kohlensteuer 111 Milliarden Ertrag gebracht. Will man also wirklich nur den Preisabbau, dann ist es ein Widerspruch, die Kohlensteuer abzubauen und die Umsatzsteuer zu erhöhen.

Sehr bedenklich sind auch die Absichten, die mit der Kreditgewährung an die Industrie verbunden werden. Wo, wie im besetzten Gebiet, der Absatz von Waren unmöglich ist, mögen Kredite an sich nicht zu vermeiden sein. Es scheint aber, als ob über das Maß der Kreditgewährung doch selbst innerhalb der zuständigen Kreise sehr erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestehen. Auch wir halten es für notwendig, daß der öffentliche Kredit erst einsetzt, wenn die eigenen Kräfte bis zum letzten angepannt sind und namentlich die Devisenbestände der kreditfordernden Industrie und des Handels dem Reich zu Verfügung gestellt sind. Aber auch dann darf die Kreditgewährung nicht erfolgen nur gegen mäßige Zinsen. Es ist ohnehin zu fürchten, daß die außerordentlichen großen Ansprüche an den Kredit des Reiches resp. der Reichsbank die Politik der Kredit einschränkung und damit auch die Stützungsaktion gefährden können, falls sie unbesehen erfüllt werden. Von diesem Standpunkt aus ist auch die Uebernahme der Milliardenlast aus der Erhöhung der Getreidepreise auf die Reichskasse recht bedenklich, statt die Niedrighaltung der Getreidepreise aus dem Umlagerverfahren zu sichern. Dadurch wird die Inflation so stark vermehrt, daß sich schwere Gefahren für die Stützungsaktion der Welt ergeben.

Am bedenklichsten aber ist die von dem Reichswirtschaftsminister Dr. Becker angekündigte Niedrighaltung der Arbeitslöhne. Bei wirklichem Preisabbau ließe es sich gewiß rechtfertigen, wenn in der jetzigen gefährlichen Situation die Löhne nicht steigen. Aber noch ist von einem Abbau der Preise nichts zu spüren, vielmehr ist seit dem Abschluß der jetzt abgelaufenen Tarifverträge eine starke Steigerung der Lebenshaltungskosten eingetreten. Der Arbeitslohn hat überdies durch den rapiden Niedergang der Welt einen solchen Tiefstand erreicht, daß Gefahren für die Arbeitsleistung und die Arbeitsfähigkeit der Arbeiter daraus entstehen.

Geradezu unerträglich aber ist dieses weitere Sinken des Reallohnes in dem Augenblick, in dem die Unternehmergewinne in alter Höhe aufrechterhalten werden sollen, wo die Steuererhebung die Besitzenden wiederum gewaltig schont und wo durch die neue Wirtschaftspolitik die Gefahr heraufbeschworen wird, daß ein weiteres Abwärts gleiten der Welt möglich ist. Denn das ist schließlich der tiefere Sinn der neuen Wirtschaftspolitik: Sicherung des Unternehmerinteresses auf Kosten des Staates und der Arbeiter, Angehörigen und Beamten. Diese Kreise würden alle Opfer und Lasten der Ruhrbefehle tragen, wogegen die Unternehmer ihre finanzielle Leistungsfähigkeit erhalten und sogar noch verstärken können. Der Staat aber wird weiter geschwächt und — was für den Augenblick das Wichtigste ist — die ungeheure Inflationswelle, die die neue Wirtschaftspolitik mit sich bringt, ist die stärkste Gefahr für die Stützungsaktion. Wir warnen deshalb vor den Wegen, die die bürgerlichen Parteien mit Unterstützung des Wirtschaftsministers Dr. Becker gehen wollen; sie führen in den Abgrund.

Wegen Forderung des Reichspräsidenten und des früheren Reichsanwalts Dr. Wirth in verschiedenen Urteilen der Druckpresse „Die Schöpfung“ wurde der Buchdrucker Drees vom Schöffengericht Ebersfeld auf Grund des Befehles zum Schutze der Republik zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein Weberdrama aus dem Jahre 1859.

Von Otto Ernst Heise.

Heinrich Heines Gedicht aus dem Jahre 1844, das den schlesischen Weberaufstand in einen ewigen Rhythmus bannte, gilt gemeinhin als der einzige Vorläufer von Gerhart Hauptmanns Weberdrama. Es existiert aber auch ein Weberdrama, das man als Vorläufer Hauptmanns ansehen kann und muß. Allerdings ist es so ziemlich ausgeschlossen, daß Hauptmann dieses Drama gekannt hat, als er seine Tragödie schrieb. Denn dieses erste Weberdrama, entstanden im Jahre 1859, ist heute noch ungedruckt und wohl auch verfallen. Eine Nachricht darüber findet man in Walter Dohns Buch „Das Jahr 1848 im deutschen Drama und Epos“, das ja heute, da wir die 75-Jahr-Feier der 48er Revolution begehen, besonders interessant ist. Walter Dohn hat dieses erste Weberdrama im Manuskript in der Hand gehabt, leider ohne genauere Angaben darüber zu machen. Es stammt aus dem Nachlaß des schlesischen Schriftstellers Hermann Semmig, der 1820 geboren wurde und 1897 starb. Semmig, der auch ein Epos „Robert Blum“ schrieb und 1848 herausgab, nannte sein Drama „Schloß und Fabrik oder die schlesischen Weber“. Dohn berichtet über das Werk: „Es ist ein Vorläufer von Hauptmanns „Webern“, vor denen es den Vorzug hat, daß die ergreifenden Bilder des Elends, einer furchtbaren Anklage gegen jenes Regierungssystem, das blind gegen die Forderungen der Zeit, seinem Untergang entgegensteife, von einem Zeitgenossen entworfen sind, dessen warmes Herz jenen Sommer unmittelbar empfand.“

Im Jahre 1891 schrieb der Verfasser eine Vorrede oder Nachrede zu seinem Drama. Diese späteren Bemerkungen sind übrigens auch dadurch bemerkenswert, daß sie einen wichtigen Nachtrag zur politischen Entwicklung Robert Blums bringen, die bekanntlich von dem Herrn Sohn mit allen Mitteln des Verschweigens und Verdrückens ins Nationalliberale abgedrungen wurde. Semmig bezeugt deutlich, daß der republikanische Robert Blum am Ende seiner so tragisch endenden Laufbahn sich zum Sozialdemokraten, wenn man diesen Begriff bereits für das Jahr 1848 benutzen darf, hinentwickelt hatte. Semmig schreibt: „Als Blum im August 1848 den Reichenschafterbericht vor seinen Wählern in Belpitz ablegte, sah er sich bald von den Anhängern der liberal-konfessionellen Richtung argen Verleumdungen ausgesetzt; in dem Fackelzug, der nun ihm zu Ehren gebracht wurde, nahmen nur die radikalen Elemente der Bevölkerung teil. Das Hauptkontingent des Zuges hatte die Arbeiterpartei geliefert, das mußte natürlich auf den Befehlerten einen ergreifenden Eindruck machen. Und als nun die Deputation der Arbeiter unter der mächtig waltenden Fahne ihrer Partei ihre ziemlich revolutionäre Ansprache an ihn gehalten hatte, antwortete er ihr in einer strotz sozialistisch angehauchten Rede, worin er ausdrücklich erklärte, daß „nun auch dem vierten Stande sein Recht werden müßte“. Die Biographie Robert Blums sagt freilich von dieser Rede nichts; ich aber habe sie gehört und jedes Wort vernommen; denn ich fand bei

Die Preiserhöhung für Umlagegetreide.

Wiedereinführung der freien Zuckerrwirtschaft.

Vor einigen Tagen hatte der Zwanziger-Ausschuß den Preis des vierten und fünften Sechstels des Umlagegetreides durch Mehrheitsbeschluß auf 600 000 M. für die Tonne Roggen festgesetzt, während die Minderheit für eine Verdreifachung des dritten Sechstels auf 495 000 M. eintrat. Die Regierung hat nunmehr nur für das fünfte Sechstel den Umlagepreis auf 600 000 M. festgesetzt und für das vierte zur Ablieferung kam und für das zum großen Teil bezahlte bereits erfolgt ist, einen Preis von 500 000 M. bestimmt. Die Festsetzung des letzten Sechstels der Umlage des Wirtschaftsjahres 1922/23 hat man sich noch vorbehalten.

Die Preisfestsetzung wird vom Reichsernährungsministerium folgendermaßen begründet:

Nach rein kaufmännischen Gesichtspunkten würde die jetzige Erhöhung des Umlagepreises zusammen mit den Beschaffungskosten für das Auslandgetreide auch eine wesentliche Erhöhung des Getreideabgabepreises und des Mehlabgabepreises der Reichsgetreidestelle erfordern. Mit Rücksicht auf die politische Lage und die Marktstabilisierungsmassnahmen hat sich die Reichsregierung jedoch entschlossen, eine solche Erhöhung nicht eintreten zu lassen, um einer weiteren Verteuerung des Brotpreises damit vorzubeugen. Die der Reichsgetreidestelle dadurch entstehenden Verluste werden aus allgemeinen Mitteln der Finanzverwaltung getragen werden müssen.

Mit diesem System kehrt man zu der Brotverbilligung zurück, wie sie früher, zur Zeit der Zwangswirtschaft üblich gewesen ist. Mit Zuschüssen, die man nicht etwa aus Ueberflüssen des Reichshaushalts bestreitet, sondern mit denen man das Defizit des Reiches noch vergrößert und dafür die Rotenpresse verächtlich antreibt, wird den Agrariern ein Preis für Getreide gezahlt, den der Verbraucher im Brotpreis nicht zu spüren bekommt. Früher, unter sozialistischen Ministern, hat man das als „verschleihte Verbraucherpolitik“ bezeichnet.

Es dreht sich eben alles im Kreise. Bei Zucker ebenso. Hier hat man einmal das Experiment der Zuckerfreiheit gemacht und sie dann schleunigst unter Zustimmung der Händler wieder abgeschafft. Die Agrarier drohten nun mit dem Streik beim Anbau von Zuckerrüben. Schleunigst kehrt man zu der geordneten freien Wirtschaft zurück.

Gleichzeitig mit der Festsetzung des Getreidepreises hat die Reichsregierung auch den Zuckerpriß für den Monat März festgelegt. Hier lautete der Mehrheitsbeschluß des Beirats der Zuckerrwirtschaftsstelle auf 90 000 M. für den Zentner Zucker. Die Reichsregierung hat jedoch nur einen Preis von 81 000 M. zugelassen, indem sie einen Ausgleichszuschlag auf den früheren Zuckerpriß in Höhe von 9000 M. ablehnte. Gleichzeitig hat sie sich aber grundsätzlich auf den Standpunkt der freien Wirtschaft für das nächste Zuckerrjahr gestellt, wodurch sie einen Rückgang des Zuckerrubenanbaues, der angeht, droht, vermeiden will. Die bedenklichen Folgen der freien Wirtschaft für die Verbraucher will man dadurch herabmindern, daß eine angemessene Menge Mundzucker für das Ende des Wirtschaftsjahres bereitgestellt wird, indem man die industrielle Zuckerverarbeitung entsprechend beschränkt. Mit Rücksicht auf die Verbraucher soll die freie Zuckerrwirtschaft keine Freiheit der Zuckerausfuhr bedeuten. Dadurch soll verhindert werden, daß der deutsche Inlandszucker den an sich sehr hohen Weltmarktpreis erreicht. Ob das gelingen wird, bleibt nach den unerfreulichen Erfahrungen, die die Verbraucher mit der freien Zuckerrwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1921/22 machen mußten, dahingestellt. Vielmehr wird die Entwicklung wieder dahin führen, daß Zucker zwar in genügender Menge für den Inlandsverbrauch vorhanden ist, daß aber der Preis für dieses in heutiger Zeit doppelt wichtige Nahrungsmittel sich in einer Höhe bewegt, die es weiten Schichten des Volkes unmöglich macht, den Zucker abzunehmen.

Redner auf der engen Straße gerade gegenüber.“ Wilhelm Liebknecht, der in einem Blum-Buche energisch gegen die „nationalliberale Hinrichtung“ Robert Blums durch seinen Sohn Hans protestiert hat, wird durch dieses Dokument vollumfänglich bestätigt. Am 9. November, dem 75. Todestag des erschossenen Volksmannes, wird über ihn Zusammenfassendes zu sagen sein.

Ein russischer Volksfilm. Die Russen, die uns in der Literatur unerschöpfliches geschenkt haben und die Probleme der neuen Malerei und Plastik zusammen mit den Deutschen am tiefsten aufgefaßt haben, schickten uns bisher (wesenhaft) im Film. Wir hatten deutsche Filme, die in Russland spielten (sogar Dostojewski war mit gutem Gelingen „erodert“ worden, und einige russische Filme (wie den Vater Sergius), die gute Figuren machten. Aber der russische Film, der aus der Seele des russischen Volkes kam, russisches Leben und Fühlen verkörperte, fehlte noch. Jetzt haben wir ihn. Die Filmgenossenschaft Ruß hat ihn in Moskau in Hunger und Kälte — mit der besten Ensemble-Schauspielertruppe der Welt — dem Moskauer Künstlertheater — geschaffen und des russische Filmamt hat ihn uns zugesandt, und die Ufa-Filmspiele im Taurienpalast haben ihn uns zuerst gezeigt.

Dieser erste russische Volksfilm ist, obwohl er von einer Sowjet-Unternehmung ausgeht, kein bolschewistisches Tendenzstück. Er gibt in Bildern überlebenshaftes Leben aus dem „guten alten Russland“: Tolstois Erzählung „Polkuschka“, im Jahr der Selbstbeigenbefreiung 1861 entstanden und ein Selbstgeschick mit tiefer menschlicher Anteilnahme schildernd, liefert den Rahmen dazu. Der Geist Tolstois erstreckt sich auf der stimmenden Weisheit wieder, der Geist der Menschlichkeit, das Gefühl brüderlicher Zusammengehörigkeit strömt davon aus — keine polternde Anklage geht auf, aber tiefinnerliche Ergriffenheit erfüllt den Zuschauer. Hier ist einmal ein Film von ethischer, seelischer Wirkung, ein tiefster, ein an die Interessen der Menschheit appellierender Film. Wenn wir das Schicksal dieses wundervollen Naturburschen Polkuschka, der ein Sinnbild des russischen Volkes ist: frühlich, leichtleblich, fröhlich und bereuend und schließlich ein Opfer der Verhältnisse, mitleiden, empfinden wir nicht nur historisch gewordene Skulptur, sondern das so gewollte Gefühl für die Würde des Menschen steht auf gegen jede Form menschlicher Bedrückung.

Der gegebene Stoff ist ohne Ueberrest Bild geworden. Bild in dem Sinne der besten schwedischen Filme, in denen Landschaft und Mensch eins geworden sind. Hier ist wirkliches Rußland: Schwatz und Glend und Rot, Lust und Leid des Selbstbeigen, der seine eigene macht, maust, verprügelt wird, kauft, von der gnädigen Herrin pardoniert wird, in sich geht, allen Lockungen widersteht und einfach Bech hat und nun zum Strick greift. Ein großes Büschchen ist der Polkuschka (wundervoll echt gegeben von G. S. I. W.). Man muß sehen, wie töplich er von der Familie Abschied nimmt, mit wie breitem Behagen er das Fröhchen (es ist ein ordentlicher Bubbel) traktiert, wie untertänig er der Gnädigen Fuß und Hand fahrt — und dann die Angst und das Entsetzen, als er den Verlust des anvertrauten Geldes bemerkt — und den Entschluß zum Selbstmord. Das ist ganz große Kunst. Dieser Moskauer hat die entscheidende

Die Methoden des Abwehrkampfes.

Rede Severings in Münster.

Münster, 5. März. An derselben Stelle, an der vor wenigen Tagen Dr. Stresemann die Ruhraktion vom außen- und parteipolitischen Standpunkte aus behandelte, beauftragte am Sonnabendabend der preussische Innenminister Severing die Stellung der deutschen Arbeiterschaft zum Einbruch ins Ruhrgebiet. Der Redner betonte ausdrücklich, daß es vor allem seine Absicht sei, im In- und Auslande die Auffassung zurückzuführen, daß die deutsche Arbeiterschaft zum Abwehrkampf kommandiert worden sei durch eine Parole der Reichsregierung und der Landesregierungen. Wäre dies der Fall, so hätte der passiv Widerstand nicht den heutigen Umfang angenommen. Die Haltung der Arbeiterschaft sei vielmehr bestimmt worden durch ihre Abneigung gegen den französischen Militarismus. Die Arbeiterschaft habe gewußt, daß, wenn sie die Gewaltmaßnahmen der Franzosen hinnehme, es für Jahrzehnte um die Freiheit, das Ansehen Deutschlands und die deutsche Einheit ginge. Sie sei sich bewußt gewesen, daß man den Franzosen beweisen mußte, daß man mit Bajonetten keine Kohle fördern oder deutsche Arbeiter wie Sklaven zur Arbeit zwingen könne.

Energisch wies der Minister die vielfach aufgestellte Behauptung zurück, die deutschen Arbeiter leisteten solch energisches Widerstand, weil sie durch die sogenannte Arbeitsgemeinschaft korrumpiert seien und weil die Bergarbeiter sich vor den Wägen der Stinnes und Thyssen hätten einspannen lassen. Der Minister widmete dann einen breiten Raum der Verständigungspolitik gewisser französischer Wirtschaftskreise, die die Ansicht vertreten, daß England und Amerika nichts auf dem europäischen Kontinent herinzureden hätten und den Gedanken der sogenannten Kontinentalpolitik vertreten. Severing erklärte, daß er vor dem Kriege für die Bildung eines deutsch-französisch-russischen Blockes eingetreten sei und diesem Gedanken heute noch sympathisch gegenüberstehe. Doch sei heute dieses Bündnis undenkbar, weil die militärische Ueberlegenheit Frankreichs jeden derartigen Zusammenschluß zur Durchführung der französischen Hegemonie in Europa und zur weiteren Anechtung Deutschlands ausnütze werde.

Die Aufforderung von linksradikaler Seite, daß die Sozialdemokratie den Kampf gegen Poincaré und Hoch, aber auch gegen die Cuno-Regierung führen müsse, bezeichnete Severing als eine politische Kinderei. Nicht um Parteimeinungen und nebensächliche Dinge ginge es jetzt, sondern im Interesse der deutschen Arbeiterschaft stehe es, Poincaré und den größtenwahnwitzigen Militaristen in Frankreich zu beweisen:

Die Macht des Rechtes sei stärker als das Recht der Macht.

Die Arbeiterschaft sei in erster Linie befugt und verpflichtet, diesen Kampf zu führen, weil sie schon im Kriege Annerkennung abgelehnt habe und weil sie den Versuch unternimmt, die unerfüllbaren Bedingungen des Londoner Diktates durchzuführen.

Scharf müsse man sich gegen diejenigen in Deutschland wenden, die den passiven Widerstand aktiv gestalten wollen. Poincaré und seine Minister warteten nur auf einen Anstoß, um ihrer Aktion einen Schein des Rechtes zu geben.

Wer die Front an der Ruhr stärken wolle, habe auch dafür zu sorgen, daß im Inlande alle so besonnen zusammenstehen, wie die Kämpfer an Ruhr und Rhein, wo die ganze Welt und der Widerstand von dem Willen geleitet sei, den Franzosen zu beweisen, daß sie ihre Wirtschaft nur einstellen könnten auf den guten Willen der deutschen Arbeiter. Unter stürmischem Beifall sprach in diesem Zusammenhange Severing den deutschen Schulpflichtbeamten den Dank der Staatsregierung für ihre musterhafte Haltung aus. So ruhig und besonnen, wie die Beamten trotz schwerster Terrors ihren Dienst weiter verrichtet hätten, müsse im Innern Deutschlands der Kampf weiter geführt werden.

Bezüglich des Endes des Ringens ist der Minister der Ansicht, daß

unser Lage beim Ende des Kampfes zum mindesten nicht schlechter

sein werde, als sie geworden wäre, wenn dem Einmarsch nicht das energische „Bis hierher und nicht weiter!“ entgegengehalten worden wäre. Hätten wir uns diese Gewalttaten gefallen lassen, dann wäre es ein für allemal mit dem moralischen Kredit Deutschlands aus gewesen, und wir hätten bis zum Sanftmückerinstag auf die Hilfe des Auslandes warten können. Auch Severing lehnt die Einleitung von Verhandlungen von deutscher Seite scharf ab. Selbstverständlich, sagt er, wünschte die deutsche Regierung nichts schneller, als die Friedensitz verkräften zu können. Den Leuten, die der Cuno-Regierung zuriefen „Verhandelt!“ müsse man erwidern, wer immer von Verhandlungen kenne, der gibt sich den Anschein, als pflege er

Rolle, aber die andern — deren Namen nicht einmal genannt sind — haben alle gleiches Niveau: wunderpool, fast echt, vollständig, wie schaupielend, nichts als Leben ausstrahlend. ... So mühte man mit deutschen Leuten Hauptmann filmen!

Die Regie Rossmans hat keine toten Stellen zugelassen, sie gibt alle Einzelheiten russischen Seins, aber sie verliert sich nicht darin (wie so oft das russische Drama). Das Dorf, die Käte des Selbstbeigen, das Marktleben, die Auslösung der Soldaten, das Milieu der Herrschaft — alles das ist in bewegtes Geschehen umgesetzt. Gelesen ist es mit den Augen eines Rembrandtmenschen, Schwarzweißwirkungen voll feinsten malerischen Stimmungsgewebes (nur ein paar mal zu dunkel geraten) ergeben die Bilder Naturalismus. Dieses ist ein Triolal, es hat Duft und Boelle. Ein paar Landschaftsbilder haben die ganze Monotonie der großen russischen Ebene, aber als wenn sie ein großer Künstler gemalt hätte. So schließt sich alles: Stoff, Darstellung, Formgebung, Photographie (auch die russische Volksmusikinstrumente verwendende Musik dient dem Gesamtkarakter) zu einer wundervollen Einheit zusammen. Rußland wird in der Film-internationalen so jetzt ab seinen Platz haben. h. d.

Der Männergesangverein „Namenlos“ (Mitgl. des DMSV) erfreute am Sonnabendabend in der alten Garnisonkirche, die bis auf den letzten Platz gefüllt war, mit einem erlebten Programm. Die nahezu 200 Sänger unter Emil Thillos festerer Stabführung brachten die nicht eben leichten Chöre in hoher Vollendung zu Gehör. Beethoven's „Die Himmel rühmen des Erigen Ehre“ mit Orgelbegleitung, ein „Grablied“ von Peter Cornelius, waren bis ins Kleinste herausgearbeitet. Ein „Flammen-Requiem“ (Chor für Feuerbestattung) ohne Kompositionenangabe verdrängte vor Silbers marzigem „Schottischen Wardenchor“. Besonderes Lob verdienen Conradis „Sonnenundergang“ und Franz Schuberts „Die Nacht“. Die Tongebung war rein, die Einfälle genau, die Ausprägung sehr gut. Die Leistungen bewiesen, daß die Arbeitergesangvereine und unter ihnen ganz besonders die Thillosen Chöre, mit Erfolg bestrebt sind, auf eine künstlerische Höhe zu gelangen. Auch den Mitwirkenden gebührt Lob. Frau Edel-Wilhe lang mit weidern, wohlklingendem Sopran die Arke aus dem „Glas“ von Mendelssohn und den Psalm XIII von Stange. Herr Otto Fricke leitete den 1. und 2. Teil des Programms mit prächtigen Orgelvorspielen ein. Br.

Eine keltische Fichte. Ein merkwürdiges Naturdenkmal befindet sich in der Nähe der Stadtung Baden im Dilsenholzer Moor (Wälsburger Heide). Dort ist eine mittelgroße Fichte vom Sturm umgeworfen worden, so daß ihr Stamm jetzt waagrecht über dem Erdboden liegt. Da ein Teil der Wurzeln im Boden festen Sitz und so weiterhin für die Ernährung sorgen konnte, so blieb der Baum am Leben. Dabei haben sich nun die Äste der Oberseite kreuzförmig aufgestellt und zu einzelnen baumartigen Gebilden ausgebildet, die ihre Zweige waagrecht nach allen Seiten ausstrecken, während sich die in den Boden hineinragenden Reste der Unterseite zu regelrechten Wurzeln umgewandelt haben.

In der Volkshaus, Theater am Bahnhof, in Gellibargers „Sch' dem, der läßt“ mit Ernst Brühl als „Lohn“ in Vorbereitung. Musikchronik. Die diesjährigen Pensionsaufhebungen der Sing-Kadets finden in der Garnisonkirche statt, am 24. und 26. März Kathaus-Passion, am 26. März Johannes-Passion.

auf dem letzten Loch, und das sei bei uns noch lange nicht der Fall. Deshalb solle man nicht von Verhandlungen reden, wo Handeln notwendig sei. Unser Kampfziel müsse sein, Herrn Poincaré beizubringen, daß Frieden ernährt und Anstöße verzehrt.

Unbequeme Fragen der „Ere Nouvelle“.

Ämtliches Dementi gegen die „Vorwärts“-Darstellung über Redlinghausen.

Paris, 5. März. (W.B.) „Ere Nouvelle“ veröffentlicht folgende Auslassung: Der diplomatische Berichterstatter unseres Blattes hat gestern entsprechend der Weisung des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten ein Dementi seiner Regierung über die Zwischenfälle in Redlinghausen nach der Darstellung des „Vorwärts“ veröffentlicht, über die „Ere Nouvelle“ eine Untersuchung verlangt hatte. Weiter heißt es, selbstverständlich habe es (das Blatt) damit eine amtliche Erklärung wiedergegeben wollen, für die die Regierung die volle Verantwortung trage. Es habe in der Angelegenheit keinerlei persönliche Ansicht ausgesprochen. Seit Ende Januar lebe man unter Zwischentritten. Man sei nach dem Ruhrgebiet mit dem Gedanken gekommen, daß es sich um Beschlagnahme von Pfändern handele zu dem Zweck, Frankreich die Bezahlung der Reparationen zu gewährleisten. Heute sei aber weder von der Beschlagnahme von Pfändern, noch von Zahlungsmitteln die Rede.

Heute sei nur noch die Rede von Sicherheiten.

Indessen müsse klargestellt werden, ob das Ruhrgebiet Geld einbringe oder nicht. Bringt es Geld ein, warum werde dann nicht mehr von all dem geredet, was sich auf den finanziellen Ertrag der Besetzung beziehe? Warum gebe man sich den Anschein, als habe man kein Interesse an dieser Bezahlung, die man noch vor zwei Monaten als unbedingt notwendig erachtet habe? Wenn dagegen in dieser Beziehung von der Anwesenheit der französischen Truppen im Ruhrgebiet nichts zu erwarten sei, warum gestreue dann die Regierung nicht endgültig die Illusionen? Wenn es sich aber nicht darum handele, in Essen zu bleiben, damit Frankreich Bezahlung finde, sondern damit es gut verteidigt sei, dann müge man doch auch sagen. Es liege auf der Hand, daß sich Poincaré durch die vollständige Entfaltung dessen, was sich seit dem Eintritt der Franzosen in das Ruhrgebiet abgespielt habe, vielleicht eine recht lebhaft Kritik zuwenden werde. Sicher aber werde man sagen, daß er dem Lande gegenüber keine klare Sprache geführt habe. Wenn man ferner, wie der Kriegsminister glaube, ein häßlichstes Deutschland vor sich habe, das zum baldigen Angriff auf Frankreich bereit sei, wenn diese Ansicht nicht nur auf Befehrsbasis, sondern auf Beweise stütze, dann müge man vor allen Kanzleien Europas die Beweismittel veröffentlichen und England und Amerika die Folgen darlegen, die die Aufgabe des Generalpactes nach sich gezogen habe.

Die Berichte des „Vorwärts“ über die Vorfälle in Redlinghausen, wo am 7. Februar ein harmloses Theaterpublikum aus einer Aufführung des „König Lear“ mit französischen Offiziers-Reitpfeifen hinausgetrieben wurde, beschäftigen die französische Öffentlichkeit ziemlich lebhaft. In der Kammer hat der greise Friedensfreund Buisson eine Anfrage über sie eingebracht, und „Ere Nouvelle“ hatte einen Protokollartikel gegen sie veröffentlicht. Solche und ähnliche Regungen der Menschlichkeit sind für Frankreich ehrenvoller als alle Heldentaten, die Herr Degoutte an der Ruhr vollbringt. Am 4. März teilte „Ere Nouvelle“ mit, sie habe durch „Erdkundigungen aus bester Quelle“ festgestellt, daß alles, was aus Redlinghausen über Verhandlungen berichtet wurde, „absolut falsch“ sei. Wir können dazu nur erneut erklären, daß die Vorgänge in Redlinghausen von unserem Chefredakteur, Genossen Stampfer, persönlich durch Vernehmungen an Ort und Stelle festgestellt wurden, ferner ein Berichterstatter des „Manchester Guardian“ an diesen Erdkundigungen teilnahm und als ihr Ergebnis einen Bericht gab, der sich mit dem des „Vorwärts“ inhaltlich deckt. Wenn die französische Regierung aus Redlinghausen einen Bericht erhalten hat, der diese Tatsachen bestreitet, so ist daraus weiter nichts zu entnehmen, als daß die Herren Offiziere, denen die Schandtat von Redlinghausen zur Last fällt, nicht den Mut ausbringen, sich zu ihren Taten zu bekennen. Was bei dieser Sorte von Offizieren allerdings auch nicht weiter verwunderlich ist.

Im übrigen geht aus der oben wiedergegebenen neuesten Auslassung der „Ere Nouvelle“ deutlich hervor, daß sie dem Dementi der französischen Regierung nicht unbegrenztes Vertrauen entgegenbringt.

Léon Blum gegen Poincarés Schweigetaktik.

Paris, 5. März. (W.B.) Der Führer der sozialistischen Kammerfraktion, Abgeordneter Léon Blum, stellt in einer Erklärung fest, die ganze öffentliche Meinung in Deutschland sei heute davon überzeugt, daß Frankreich ins Ruhrgebiet eingerückt sei, um unbegrenzte Zeit dort zu bleiben, und daß es die Bildung eines aus dem Ruhrgebiet und dem linken Rheinufer sich zusammenschließenden autonomen Staates, d. h. eine Zerstückelung des Deutschen Reiches im Auge habe. Wenn die Deutschen sich in dieser Auffassung bestärken wollten, bräuchten sie übrigens nur die französischen Zeitungen mit Einschluss des „Journal Officiel“ einzusehen. Dort sei zu lesen, Frankreich halte das Ruhrgebiet besetzt, um sich gegen eine drohende deutsche Revanche zu schützen, und die Sicherheit Frankreichs werde durch den Besitz des Rheintals und des industriellen Arsenals im Ruhrgebiet gewährleistet. Blum stellt der Schweigetaktik Poincarés und seiner Weigerung, die wahren Ziele Frankreichs ungewandelt und feierlich zu verkünden, die Erklärung der belgischen Regierung gegenüber. Dieser Erklärung zufolge hätte die belgische Regierung nicht die Absicht, sich auf die Dauer im Ruhrgebiet einzurichten. Die Besetzung wäre in keiner Weise der Deckmantel für einen politischen Hintergedanken, ihr ausschließliches Ziel wäre, die deutsche Regierung und den deutschen Kapitalismus zu annehmbaren Vorschlägen zu zwingen. In Frankreich aber schweige die Regierung, während die Presse rede. Entweder General Degoutte rufe aus: Wir sind für 1000 Jahre im Ruhrgebiet, oder aber Poincaré erkläre: Wir bleiben solange da, bis bezahlt ist.

Der Versuch der Aushungerung.

Die Direktoren der geplanten französisch-belgischen Eisenbahnverwaltung im Ruhrgebiet treffen gegenwärtig die ersten Vorbereitungen zur Übernahme ihres Amtes. Inzwischen sind die Militärbesatzer dabei, den neuen Männern die künftige Arbeit zu erleichtern. Sie beschlagnahmen alles rollende Material, das ihnen vor die Türger kommt, so daß jetzt schon infolge Mangels an Verkehrsmitteln ein geregelter Zugverkehr unmöglich ist. Die jetzt noch auf dem Eisenbahnwege vor sich gehende Ernährung der Bevölkerung kostet dem Reich täglich mehrere Millionen und ungefähr 200 Güterwagen, ein Zustand, der schon im Verlauf mehrerer Wochen unhaltbar wird. Durch die Beschlagnahme der Verkehrsmittel ist natürlich auch jede andere Zufuhr lahmgelegt.

Diese „Maßnahmen“ der Franzosen und Belgier zeigen immer deutlicher, welches Ziel mit der sogenannten Übernahme der Eisenbahnen erstrebt wird. Es kommt ihnen gar nicht darauf an, einen regelrechten Betrieb zustande zu bringen, als vielmehr jede Ein- und Ausfuhr, jeden Güter- und Personenverkehr lahmzulegen. Würde die Übernahme der Eisenbahnen mit der ernsthaften Absicht verbunden sein, einen ordnungsgemäßen Verkehr zustande zu bringen, dann wäre es sinnlos, alles rollende deutsche Material zu verschleppen und die bisher nicht unter Militär Gewalt stehenden Linien restlos brach zu legen. Es wird nicht lange dauern, dann wird jede deutsche Lebensmittelfuhr unmöglich gemacht. Von der Verhinderung des Personenverkehrs verspricht man sich Steigerung der Arbeitslosigkeit, da viele Arbeiter, Angestellte und Beamte infolge Stilllegung der Eisenbahn nicht zur Arbeitsstelle gelangen können. Gleichzeitig soll mit dem Druck auf den Wagen durch Erschwerung der Lebensmittelfuhr auf das Gemüt der Bevölkerung gewirkt werden. So soll schließlich die allgemeine Unterwerfung der Ruhrbevölkerung unter französischen Oberbefehl erzwungen werden.

Mannheim, 5. März. (W.B.) Die französische Besatzungsbehörde hat mit Wirkung vom heutigen Tage bis einschließlich Donnerstag eine allgemeine Verkehrsperre in den Straßen Ludwigschafens und über den Brückenweg zu den Städten Mannheim und Ludwigshafen von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens verhängt. Die Maßregel soll als Wiederherstellung für einen Sabotageakt im Verkehrsverkehr angesehen sein. Im übrigen ist im Verkehr über die Rheinbrücke von Mannheim nach Ludwigshafen eine Erschwerung erfolgt. Während bisher nur von beladenen Fuhrwerken eine Abgabe in Höhe von 10 vom Hundert des Wertes der Ladung verlangt wurde, muß in Zukunft auch von leeren Fuhrwerken eine Kaution in Höhe von 10 vom Hundert des Wertes des Wagens entrichtet werden. Heute früh haben die Franzosen auch den Bahnhof Ludwigschafen besetzt.

Darmstadt, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonnabend nachmittag fanden mit dem Kommandanten der französischen Besatzungsbehörde Verhandlungen statt, deren Ergebnis die Räumung des Bahnbetriebswerks Darmstadt sowie des Güterbahnhofs durch die Franzosen war, so daß das Personal die Arbeit am Montag wieder aufgenommen hat. Am gleichen Tage (Montag) fanden Verhandlungen statt, um die Räumung des Lokomotivausbesserungswerkes zu erreichen. Diese Verhandlungen scheiterten. Die Franzosen lassen sich auf eine Räumung des Lokomotivausbesserungswerkes nicht ein, sondern erklären, daß sie das Werk in eigene Verwaltung übernehmen. Auf eine Erklärung der Eisenbahnarbeiter, daß sie von der Notwendigkeit dieser Maßnahme nicht überzeugt seien, da hierfür ein Grund nicht vorliege, erwiderten die Franzosen, daß sie über die in Mainz zutage getretene Sabotage sehr enttäuscht seien und den Betrieb in Darmstadt in der Hand behalten wollen, um eine Sabotage zu verhindern. Die Maschinen würden nach dem befehligen Betrieb abfahren. Wenn die Arbeiterschaft unter französischer Leitung arbeiten wolle, so könne sie jederzeit anfangen. Dieses Anbieten haben die Vertreter der Arbeiterorganisationen entschieden abgelehnt.

Euskirchen, 5. März. (W.B.) Hier wurde der Vorsitzende des sozialistischen Gewerkschaftsrates, Gewerkschaftssekretär Sonnepahn, von den Franzosen verhaftet und im Automobil fortgeführt. Er wurde hinter Hennef ausgeführt. Seine Familie muß ihm innerhalb vier Tagen folgen.

Köln, 5. März. (W.B.) Wie die „Sozialistische Republik“ meldet, wurde dem Geschäftsführer der kommunistischen Partei Deutschlands, Ortsgruppe Köln, durch den Polizeipräsidenten mitgeteilt, daß er vom englischen Stadtkreis beauftragt worden sei, dem Geschäftsführer zu eröffnen, daß der von der kommunistischen Partei Deutschlands für den 17. März dieses Jahres geplante Internationale Arbeiterkongress in Köln nicht stattfinden darf.

Essen, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) Der von einem französischen Posten in der Nähe des neubesehten Hauptbahnhofgeländes Erschossene ist nunmehr als der Bahnmärter Herold festgestellt worden. Er wurde in der Nähe der Juche Königin Elisabeth auf dem Bahngelände erschossen. Einzelheiten der Tat konnten bisher nicht ermittelt werden.

Aus dem Raume südlich Eiberfeld werden starke Truppenbewegungen, in der Hauptache Kavallerie, von Langenberg, Bohwinkel nach Kennepe, Großrath und Remscheid und darüber hinaus in Richtung Wipperfürth gemeldet. Desgleichen sind im Landkreis Selskirchen Truppenverlegungen vorgenommen worden.

Zunehmende Teuerung in Belgien.

Die belgische Indexzahl, wie sie das belgische Arbeitsministerium veröffentlicht, weist unter den Wirkungen der politischen Ereignisse, an denen Belgien aktiv beteiligt ist, in den letzten Wochen eine starke Steigerung auf. Der Index selbst ist festgestellt auf Grund von Erhebungen in 596 Orten und aufgebaut auf 66 verschiedenen Artikeln, darunter 34 Lebensmitteln, 9 Haushaltsartikeln, 12 Kleidungsartikeln und dem Preis des Tabaks. Die so errechnete Indexzahl ist im Vergleich zum April 1914 von 888 am 15. Januar auf 897 am 15. Februar gestiegen. In den großen Städten Belgians ist diese Indexzahl gestiegen von 877 auf 892 in Gent, von 302 auf 406 in Antwerpen und Lüttich und 405 auf 420 in Brüssel.

Auch in Frankreich nimmt die Teuerung rapide zu. Nach der amtlichen Statistik ist der Teuerungsindeks der allgemeinen Lebenshaltung bei Zugrundelegung von Hundert für 1914, der im Dezember 418 erreichte, im Januar auf 447 gestiegen. Das Gewerkschaftsorgan „Le Peuple“ veröffentlicht, wie die „Woll. Ztg.“ meldet, die Ziffern in großer Aufmachung und bezeichnet dabei die im Januar eingetretene erhöhte Teuerung als eine Folge der Ruhraktion.

Verlöschende Hochofen.

Mannheim, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) Ein Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse in Frankreich berichtet, daß in Frankreich schätzungsweise noch 25-30 Hochofen im Betriebe sind von über 100 am Anfang Januar und 90 Anfang des Februar. Die zur Verfügung stehende Kohlenmenge französischer Erzeugung beträgt etwa 30 000. Die Menge der jetzt aus England hinzugekauften Kohle läßt sich nicht berechnen, dürfte aber mindestens ebenso hoch sein wie die eigene Erzeugung. Die augenblickliche Kohlenenerzeugung wird auf 100 000 Tonnen monatlich geschätzt gegen 480 000 Tonnen im Monat Januar und 515 000 Tonnen im Dezember 1922. Zurzeit wird schon amerikanischer Koks zu 8 Schilling in kontinentalen Höfen gekauft. Es schweben Verhandlungen über die Ausfuhr von 30 000 Tonnen Koks aus Belgien gegen 18 000 Tonnen Schrotts aus Frankreich. Belgien bezieht sehr viel englische Koks. Die belgische Erzeugung an Eisen muß relativ sehr viel besser sein.

Russische Ruhrspende.

Moskau, 5. März. (W.B.) Der Allrussische Zentralgewerkschaftsrat hat beschlossen, durch Sammlungen unter der Arbeiterchaft ganz Rußlands eine halbe Million Rubel Getreide (etwa 8000 Tonnen) für die Arbeiter des Ruhrgebiets aufzubringen. In einem Aufruf des Gewerkschaftsrates werden die Arbeiter der ganzen Welt aufgefordert, dem Beispiel des russischen Proletariats zu folgen und den deutschen Arbeitern in ihrem Kampfe gegen die französischen Kapitalisten beizustehen.

Ein deutscher Kommunist in Moskau ermordet.

Moskau, 5. März. (W.B.) Der Düsseldorfer Kommunist Leutner, der kürzlich in Moskau eingetroffen war, ist das Opfer eines Raubüberfalles in einem Vorort Moskaus geworden. Die Beerdigung Leutners hat heute in Moskau stattgefunden. Die Moskauer „Pravda“ widmet Leutner einen warmen Nachruf.

Die Einbruchssaffäre in Rom.

Rom, 5. März. (W.B.) Zu dem Raubversuch in der deutschen Botschaft berichten die Zeitungen ergänzend: Seit mehreren Monaten wurden häufig unbekannt Personen in der Nähe der Botschaft beobachtet. Wichtige Schriftstücke und Geld wurden von der Botschaft in Sicherheit gebracht. Am Sonnabend bemerkte das Personal eine Anzahl Männer vor der Botschaft. Drei davon öffneten eine kleine Tür und schlichen zum zweiten Stockwerk hinauf, wo sie einen eisernen Schrank erbrachen und leere Altentmappen an sich nahmen. Der Urheber des Einbruchs erklärte, er habe beabsichtigt, sich in den Besitz geheimer Dokumente der Botschaft zu setzen. Die Polizei stellt Ermittlungen an.

„Kollkommandeure“.

In der letzten Verammlung der Rationalsozialisten in Charlottenburg, bei der es zu Reibereien zwischen den Anhängern der Deutschsozialistischen Freiheitspartei und Kommunisten kam, sind, wie gemeldet, auch die sogenannten „Kollkommandos“ in Erscheinung getreten, die unter diesem Namen den Saalkampf der genannten Partei übernommen haben. Gegen die Veranstalter und Leiter der Versammlung ist nunmehr eine Untersuchung eingeleitet worden, die ergeben soll, ob die Kollkommandos mit Wissen und Willen der Versammlungsleitung eingeleitet worden sind. Der in der Versammlung aufgetretene Diskussionsredner Preßel dürfte wahrscheinlich von der Polizei aus Preußen ausgewiesen werden, da er zwar in München wohnt, aber Tschechoslowake ist.

Wirtschaft

Die Wirtschaftslage im Februar.

Nach den Berichten der preussischen Handelskammern an das Handelsministerium ist es trotz der Abschänkung des industriellen Westens von dem übrigen Deutschland gelungen, die Wirtschaft an der Ruhr und am Rhein wie auch im übrigen Deutschland während des Monats Februar im wesentlichen aufrechtzuerhalten. Die Ruhrkrisis geht, soweit sie nicht innerhalb des besetzten Gebietes selbst verbraucht wird, auf die Halben der Zeichen und die Lagerplätze der großen Werte. Die Nichtlieferung der Reparationsstoffe an Frankreich und Belgien gleicht die Winderförderung, die sich naturgemäß mit der Besetzung eingestellt hat, im wesentlichen aus. Das unbefreite Deutschland hilft sich durch Mehrförderung und durch vermehrte Einfuhr vor allem an englischer Kohle, so daß der Bedarf in Verbindung mit den vorhandenen Vorräten gedeckt werden konnte. Der Ausfall an Kohlen wurde in erster Linie durch eine vermehrte Erzeugung von Kohlen in Oberschlesien auszugleichen versucht. Auch Fertigwaren wurde in größerem Umfang von dort geliefert, während das besetzte Gebiet in großem Umfang auf Vorrat arbeiten mußte. Auf dem Weltmarkt war das auffallendste Ereignis die durch die Reichsregierung und die Reichsbank veranlaßte Senkung des Dollarkurses von 52 000 auf rund 22 000. Diese Maßnahme war notwendig zur leicheren Deckung der vermehrten Auslandseinkäufe, vor allem an Kohle; ganz besonders aber wurden weitere Preissteigerungen im Interesse des sozialen Friedens und der Wahrung der Einheitsfront im Abwehrkampf gegen die Einbruchsmächte vermieden werden. Preisentzungen traten in wesentlichem Umfang noch nicht ein; besonders war im Einzelhandel ein Rückgang der Preise deshalb noch nicht möglich, weil sich die Preise in den meisten Fällen noch gar nicht auf der Höhe des Dollarkurses befanden. Eine Ausnahme machten nur die Waren, die, wie Margarine, Schmalz, Dese usw. unmittelbar aus eingeführten Rohstoffen hergestellt werden. Im übrigen bildeten die Erhöhung der Kohlenpreise und der Frachten ein starkes Gegengewicht gegen die Preisentzungen.

In mehreren Industriezweigen machte sich ein erneuter Rückgang an Aufträgen bemerkbar, auch die wachsende Konkurrenz des Auslandes wird infolge des besseren Marktstandes verschiedentlich verzeichnet. Besonders betroffen sind hier von die Textilindustrie, die Aluminium- und Metallfertigungswarenindustrie, die Zigarettenindustrie, auch in einzelnen Teilen des Textil- und des Konfektionsgewerbes.

Generalversammlung der GGG.

Die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine hielt am 19. Februar in Hamburg eine außerordentliche Generalversammlung ab, um eine Erhöhung des Stammkapitals zu beschließen. Lorenz sprach über die gegenwärtige Wirtschaftslage und ihre Auswirkungen auf die GGG. Man könne mit den nötigen Einschränkungen noch von erfreulich steigendem Umsatze sprechen, der 38 Milliarden im Jahre 1922 gegen 2,4 Milliarden im Vorjahre betrug. Solche Umsätze dauernd zu machen, fehlten aber gegenwärtig die Mittel. Für die Herstellung und Erweiterung der Reuanlagen seien bis zum 31. März 566 Millionen Mark ausgeworfen worden. Das pöhlische Emporschnellen der Devisen habe die Eigenbetriebe in eine schwierige Lage gebracht. Wenn im Jahre 1922 mit 50 Millionen Mark Kapital ein Umsatz von 38 Milliarden Mark erzielt wurde, so bedeutet das 763-maligen Umschlag des verfügbaren Kapitals. Von der vorgeschlagenen Kapitalerhöhung auf 500 Millionen Mark müßten die Vereine mindestens 300 Millionen aufbringen.

Ueber die Erhöhung des Stammkapitals und die notwendig werdende Abänderung des Gesellschaftsvertrages referierte Berger. Die vorgeschlagene Erhöhung bedeute nur ein Minimum. Weitere wesentliche Forderungen seien bei fortschreitender Geldentwertung bestimmt zu erwarten.

Die Kapitalerhöhung und die Erhöhung des einzelnen Anteils von 1000 auf 10 000 M. sowie der Pflichtsumme pro Mitglied auf 200 M. wurden ohne Debatte einstimmig angenommen. In den Ausschussrat wurde als neues Mitglied auf Vorschlag der früheren Vereine des Allgemeinen Verbandes Geschäftsführer Berger-Breslau gewählt.

Devisenkurs. Unserer gestrigen Kurstafel sind noch folgende amtliche Notierungen nachzutragen: 100 österreichische Kronen 31,72 Geld, 31,88 Brief; 1 schweizerische Krone 674,31 Geld, 677,69 Brief; 1 jugoslawischer Dina 252,36 Geld, 253,64 Brief; 1 ungarische Krone 7,60 Geld, 7,64 Brief; 1 bulgarische Leva 129,67 Geld, 130,33 Brief. — 1 Polenmark kostete im freien Verkehr etwa 51 Pf.

Steigende Lebensmittelpreise.

Milch und Brot wird wieder teurer.

Der Traum von billiger Milch ist für Berlin nur kurz gewesen. Heute schon steht fest, daß auch in der nächsten Woche der Milchpreis wieder anziehen wird, man rechnet auf etwa 700 M. Nach den Angaben des Milchamtes ist zwar die Einfuhr von Frischmilch in Berlin nicht geringer geworden als in den letzten Wochen, aber die sonst in dieser Jahreszeit zu erwartende Steigerung der Einfuhr ist nicht eingetreten. Im Gegenteil, es machen sich überall in den Milchlieferungsbezirken der Stadt Berlin Tendenzen bemerkbar, auf höhere Bezahlung der Milch zu dringen. Es wird eine Aenderung der Relation, Milchpreis zu Butterpreis = 1:10% verlangt. Die Ernährungsdeputation wird wahrscheinlich in ihrer nächsten Sitzung sich mit diesem Verlangen der Landwirtschaft beschäftigen müssen. Auf Grund eingehender Anfragen der Stadtverordneten wurde festgestellt, daß vom Milchamt jeder Milchhändler mindestens sein Quantum Kartennmilch erhält, so daß unter keinen Umständen es vorkommen kann, daß Kartennmilch von den Händlern nicht geliefert wird. Solche Fälle müßten sofort gemeldet und zur Untersuchung gebracht werden. Im übrigen macht das Publikum von den Milchsorten nur noch einen erstaunlich geringen Gebrauch. Es wird dem Milchamt kaum der vierte Teil der zur Verteilung gelangenden Milchmenge auf Grund von Milchkarten abverlangt. Das ist um so erstaunlicher, als auf Grund der Milchkarten auch verbilligter Zucker für Kinder abgegeben wird. Die Aussichten auf eine Steigerung der Milcheinfuhr nach Berlin sind zurzeit außerordentlich trübe, da die Einrichtung von Abmolkereien in der Nähe Berlins kaum möglich ist.

Die Ernährungsdeputation war ferner gezwungen, der Erhöhung des Brotpreises auf 900 M. ab nächster Woche zuzustimmen. Die Kommunalabteilung wird 30 M. kosten. Bei diesen Erhöhungen ist die demnächst in Aussicht stehende sehr starke Erhöhung des Umlagegetreides immer noch nicht berücksichtigt. Sie ist lediglich bedingt durch das weitere Ansteigen der Kosten für Löhne, Kohlen, Licht, Miete, Verwaltung usw. Selbst gegen diese Preise wehrte sich der Vertreter der Bäckermeister noch sehr heftig, als die Deputation den Preis um 6 M. nach unten abrundete. Der Berliner hat nach einem klaffenden Ausspruch bei diesem Preis den schönen Trost, daß es eine „häßliche runde Summe“ ist. Ob er das „häßliche runde Geld“ zur Bezahlung hat, ist eine Frage, die scheinbar niemand mehr beschäftigt.

Erweiterung der Nord-Südbahnstrecke bis zur Seestraße.

Es wird beabsichtigt, vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsichtsbehörden am Donnerstag, den 8. März, früh die Weststrecke der Nord-Südbahn vom Stettiner Bahnhof bis zur Seestraße dem Verkehr zu übergeben. Bei dem starken Verkehr des Bahnhofs Leipziger Straße soll jetzt auch der zweite Eingang an der Krausenstraße eröffnet werden.

Uebrigens wäre es außerordentlich erwünscht, wenn für die vielen hundert Zeitungsarbeiter des Zeitungsviertels, von denen ein großer Teil im Norden wohnt, gleichzeitig mit der Erweiterung des Betriebes auch eine Verlängerung des Verkehrs um eine Stunde erfolgen würde.

Der gefährdete Profit.

Die Angriffe gegen die Brennstoffzentrale beschäftigen gestern einen städtischen Ausschuss. Schon nach ganz kurzer Verhandlung stellte sich heraus, daß die heftigen Angriffe des Kohlenhandels gegen diese städtische Gesellschaft vollkommen gegenstandslos sind. Uebria blieb nur die eine Tatsache, daß einige Formfehler vorgekommen sind, für die die Geschäftsführung keine Verantwortung trägt. Um aber noch ein Uebrigcs zu tun, beschloß der Ausschuss, noch einmal die Vertreter des Kohlenhandels und der Gewerkschaftskommission zu hören. Es soll auf diese Weise festgestellt werden, ob in der Aufforderung der Gewerkschaftskommission, sich in die Kundenliste der Berliner Brennstoffzentrale einzutragen zu lassen, ein unlauterer Wettbewerb zu sehen ist. Des Uebels Kern einschleife sich sehr bald; man will unter allen Umständen verhindern, daß die BZG, auch Privatkunden beliefert. Das Geschäft aber alles! Das ist die Parole der bürgerlichen Parteien, die mit Ausnahme des nichtvertretenen Zentrums geschlossen dafür eintraten, daß der Profit des privaten Kohlenhandels nicht geschmälert werden darf. Das Ergebnis der neuen Sitzung, die nur Diäten-

ausgaben für die Stadtverordneten und verlorene Zeit kosten wird kann man jetzt schon als feststehend bezeichnen. Von den Angriffen bleibt nichts übrig, die Presse, die diese zum Teil sehr persönlichen und ehrenrührigen Angriffe verbreitet hat, wird sich hüten, sie zurückzunehmen. Und in der Stadtverordnetenversammlung wird man über die prinzipielle Frage entscheiden, ob es die Welt noch ertragen kann, wenn eine städtische Gesellschaft dem privaten Handel Konkurrenz macht.

Das Urteil im Prozeß Köber-Morvilius.

Alle verurteilten Angeklagten am Zuchthaus vorbei.

Die Angeklagten Franz Morvilius, Max Eckerdt und Junder werden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Dagegen werden verurteilt Frau Dora Köber wegen Diebstahls im Rückfall zu fünf Jahren Gefängnis unter Anrechnung von vierzehn Monaten Untersuchungshaft, sowie fünf Jahre Ehrverlust; Frau Anna Hüls wegen Diebstahls zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis unter Anrechnung von vierzehn Monaten Untersuchungshaft. Frau Luise Morvilius wegen Diebstahls zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis, unter Anrechnung von fünf Monaten Untersuchungshaft, Frau Marie Eckerdt wegen Diebstahls zu sechs Monaten Gefängnis unter Zubilligung einer Bewährungsfrist gegen Zahlung einer Buße von einer Million Mark an die Gerichtskasse. Wegen Hehlerei werden verurteilt der Ehemann Köber zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis unter Anrechnung von zehn Monaten Untersuchungshaft, der Ehemann Förster zu zwei Jahren Gefängnis unter Anrechnung von sieben Monaten Untersuchungshaft, der Ehemann Hüls zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis unter Anrechnung von sechs Monaten zwei Wochen Untersuchungshaft. Franz Schmidt zu einem Jahr Gefängnis, wovon vier Monate verbüßt sind. Von dem Rest der Strafe wird ihm für sechs Monate eine Bewährungsfrist gegen eine Buße von einer Million 200 000 Mark bewilligt.

In der Urteilsbegründung führte Landgerichtsdirektor Schimmaus aus: Nach den Ergebnissen der Hauptverhandlung war die Ehefrau Köber des fortgesetzten Bandendiebstahls mit verhäuslichem Rückfall schuldig. § 51 kann bei Frau Köber keine Anwendung finden. Diese Ueberzeugung hat das Gericht auf Grund eigener Sachkenntnis gewonnen. Es kann nur bedauert werden, daß die Bandeninhäber Rücksicht gelübt haben und die Angeklagten nicht schon früher zur Strafe gebracht haben. Bei Frau Hüls wurde ihre Hartnäckigkeit, mit der sie gelegentlich hat, als strafverschärfend betrachtet. Bei Frau Morvilius war strafmildernd, daß sie zunächst als willkürliches Werkzeug der Rutter in die Geschäfte geschleppt und dann verführt worden ist. Sie war eine leistungsfähige Person, die hinter dem Rücken des Mannes Schulden machte, Wechsel unterschrieb und Sachen verpfändete, auch heimlich spielte. Nachdem sie aus der Untersuchungshaft entlassen war und nachdem die Schande über ihre Familie hereingebrochen war, hat sie sich nicht geschämt, weiterzustehen. Daher ist auch eine Haftentlassung abgelehnt worden. Die Angeklagten erklärten sich sämtlich mit dem Urteil zufrieden, bis auf Frau Köber, die ausrief: „Ich nehme gar nichts an, ich will heraus zu meinem Entgeltinhaber.“ Da der Staatsanwalt auch auf das Rechtsmittel der Revision verzichtete, ist das Urteil gegen Frau Köber damit rechtskräftig.

Die Forderungen der Kassenärzte.

Ueber die bei den Krankenassen Groß-Berlins in den letzten Monaten eingetretene behauerliche Verzögerung der Auszahlung des Honorars der Kassenärzte ist im „Vorwärts“ mehrfach berichtet worden. Die Verzögerung erklärte sich daraus, daß infolge der außerordentlichen Geldentwertung den Kassen erhöhte Leistungen auferlegt wurden, die ihnen aus den erhöhten Beiträgen entsprechende Einnahmen zugeflossen waren. Für die weitere Regelung der Honorarangelegenheit hat eine Mitglieder-Versammlung der medizinischen Abteilung des Groß-Berliner Ärztebundes den Kassenärzten folgende Forderungen empfohlen: Schleuniger Zutritt des Schiedsgerichts zur Entscheidung über die Honorarabfindung für das vierte Vierteljahr 1922; bis zur eventuellen anderweitigen Regelung der Honorarabfindungen das Bestehen des jeweils zwischen den Spitzenverbänden vereinbarten Vertrages für die Beratung als Jahrespauschale der Berliner Ärztechaft; Abführung dieser Beträge als monatliche Teilzahlung an die ärztliche Organisation und angemessene Vergütung bei Verzögerung; auch für die Forderungen 2 und 3, falls nicht durch freie Verhandlung eine Einigung mit den Krankenassen zu erreichen ist, sofortige Einberufung des Schiedsgerichts. — Bei

Nichterfüllung dieser Forderungen soll eine neue Mitglieder-Versammlung entscheidende Beschlüsse fassen. Bis dahin wollen die Kassenärzte ihre Tätigkeit für die Krankenassen zunächst fortsetzen.

Hakenkreuzlerunflug in Potsdam.

Sonntag nachmittag versammelten sich vor dem Potsdamer Hauptbahnhof viele hunderte Hakenkreuzler mit enthielten Fahnen. In Gruppenkolonnen, unter Abfragen des Liedes „Die Brigade Ehrhardt werden wir genannt“, zogen die Hakenkreuzler zur Garnisonstraße zum Gottesdienst, an dem u. a. Reichswehrsoldaten in Uniform teilnahmen. Nach einem Umzug durch die Straßen wurden die Gruppen vom Antiken Tempel geführt, wo selbst einem Schloßdiener eine Hakenkreuzfahne überreicht wurde, die später am Carlshof niedergelegt wurde. Auf dem ganzen Weg wurde dieser auf das äußerste provozierend wirkende Zug merkwürdigerweise von der Schuppolizei unbedeutend gelassen. Erst am Schloß Sanssouci machten einige Beamte einen schwachen Versuch, den Zug aufzuhalten, was aber natürlich nicht gelang. Harmloser Arbeiterjugend, die auf ihrem Marsch durch die Straßen ihre Wanderlieder oder die dem Hakenkreuz dienende Internationale singt, werden Marsch und Lied verboten, in Potsdam aber rüdt und rüdt sich die Behörde nicht. Weß sie nicht, daß das Gebaren der Hakenkreuz-Faschisten Ruhe und Ordnung auf das schwerste gefährdet?

Huberändert „Kaiserlied“!

Im Reichspatentamt, dessen Präsidenten v. Specht wir in Nr. 99 als „Feudalbürokraten“ bezeichneten, beruft man sich noch auf „Kaiserliche“ Verordnungen. Am 3. Februar 1923 (wohlgemerkt: 1923!) wurde dort ein amtliches Schriftstück in Umlauf gesetzt, das die Ernennung zweier Direktoren und die infolge dieser Ernennungen „auf Grund des § 5, Absatz 2 der Kaiserlichen Verordnung vom 11. Juli 1891“ angeordneten Ueberweisungen mehrerer Abteilungsleiter an andere Abteilungen bekanntgab. Das Schriftstück war von Anfang bis zu Ende mit der Schreibmaschine angefertigt worden und auch die Unterschrift des Präsidenten v. Specht präsentierte sich in Reichenschrift, aber dessen ungeachtet wird man überzeugt sein dürfen, daß der Präsident v. Specht das von ihm unterschriebene Original seiner Verfügung auch gelesen hat. Hat er nicht für zulässig gehalten, die „Kaiserliche“ Verordnung als schlechte Regierungsverordnung zu bezeichnen? Seine Verfügung schließt: „Die Änderungen treten am 6. Februar dieses Jahres in Kraft.“ Die Aenderung, daß der Kaiser gestorben und das Deutsche Reich eine Republik geworden ist, scheint für manche Beamte des Reiches bis zum heutigen Tage noch nicht „in Kraft getreten“ zu sein.

Kommunisten spielen „Mietstreik“.

Am vergangenen Sonntag fand in Altem Bestialen, Hakenkreuz, eine Versammlung von Mietern des 14. Verwaltungsbezirks statt. Es wurde beschlossen, ab 1. März jede Pflanzung zu verweigern. Woher nehmen nun die 1200 verarmten Mieter das Recht her, für 60 000 Mieter einen Streik zu beschließen? Die Redner waren größtenteils kommunistische Mieterräte. Wer übernimmt die Kosten für diesen Streik? Es wird dringend erludt, daß alle K. P. D. Genossen in einer am Mittwoch, abends 7 Uhr, im Karlsgarten in Neukölln einberufenen Versammlung erscheinen, um dort zu diesem selbstigen Streikbeschlusse Stellung zu nehmen.

Das Theater „Karakell“, Anhalterbahn 232, spielt auch das amte neue Programm mit großem Erfolg vor täglich zahlreichem Publikum. Um gute Plätze zu erhalten ist es ratsam, den Vorkauf zu benutzen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 3. Kreis Wedding, Kreis Schulgemeinde: Dienstag, den 6. März, 7 Uhr, Funktionärversamml. bei Ankerstr. 19, Erdbeeren Platz.
 - 4. Kreis Prenzlauer Berg. Die Funktionärinnen kommen Mittwoch, den 7. März, 7 Uhr, an einer wichtigen Besprechung bei der Genossin Dantowski, Wolkenberger Str. 6, Hof part., zusammen.
 - 17. Kreis Köpenick, Mittwoch, den 7. März, 7 1/2 Uhr, Vorstandssitzung in der Alhambra, Weichselstr. 28. — Die Leiter der Abteilungen haben bestimmt zu erscheinen.
- Heute, Dienstag, den 6. März:
- 30. Abt. 7 Uhr wichtige Zusammenkunft aller im Staats- und Kommunalbereich tätigen Genossen bei A. Carl, Wilmerskt. 60. Wohl des Verbundschulst.
 - 74. Abt. Köpenick, 1/2 8 Uhr bei Mitten, Potsdamer Straße, Vorstand- und Funktionärversamml.
 - 80. Abt. Köpenick. Die für heute fällige Vorstandssitzung findet erst am Freitag, den 9. März, 7 1/2 Uhr, beim Genossen Ollrich, statt.
 - 112. Abt. Wilmersdorf, 8 Uhr im Restaurant Café, Rahnsdorfstr. 10, Vorstandssitzung. Die Eisenbahn-, Post- und Kommunalbeamten sind eingeladen.

(Nachdruck verboten. Der Malik-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

Aus dem amerikanischen Manuskript überseht von Julian Gumpert.

Dann nach vielen, endlosen Stunden, ergriffen ihn plötzlich rauhe Hände, zogen seine Kleider aus und legten ihn auf ein Bett, wo er ächzend lag und den kühlen Desinfektionsgeruch, der in den Laten war, einatmete. Er hörte Stimmen über seinem Kopfe: „Nicht sehr schlimm, diese Beinwunde.“ „Sie sagten doch, wir würden amputieren müssen.“ „Na, was ist denn mit ihm los?“ „Vielleicht ein Granatsplitter...“ Kälter Angstschweiß übergoß Andrews. Er lag absolut still mit geschlossenen Augen. Ein Krampf des Aufbäumens nach dem anderen ging durch ihn, durch und durch. Nein, noch hatten sie ihn nicht gebrochen, noch hielt er seine Knochen zusammen, sagte er immer und immer wieder zu sich selbst. Doch er fühlte, wie seine Hände, die er über seinem Leib gefaltet hielt, zitterten. Der Schmerz in den Beinen verschwand in dem Schreien. Er versuchte verzweifelt sein Bewußtsein auf irgend etwas außerhalb zu konzentrieren. Er versuchte an eine Melodie zu denken, die er singen konnte, aber er hörte nur die Stimme, die ihm, wie es schien, schon Monate und Jahre lang in die Ohren schrillte: „Ist ein Mädchen im Herzen von Maryland, Es ist das Mädchen mein...“ Die schrillende Stimme und der Schmerz in seinem Bein vermischten sich seltsam, bis sie eins geworden schienen und der Schmerz nur ein Pochen in dem wütenden Singen geworden schien. Er öffnete die Augen. Dunkelheit, die sich zu einem schwachen, gelblichen Schein abschwächte. Haltig überschaute er sich selbst, bewegte den Kopf und die Arme. Er fühlte sich sehr kühl und sehr schwach und sehr ruhig. Er mußte eine lange Zeit geschlafen haben. Er strich mit seiner rauhen, schmutzigen Hand über sein Gesicht. Die Haut fühlte sich weich und kühl an. Er drückte seine Wange auf das Kissen und fühlte, wie er zufrieden lächelte und wußte nicht, warum.

Die Königin von Saba trug einen Sonnenschirm mit kleinen, scharlachroten Blüten am Rand, die ein sanftes Klirren ertönen ließen, wie sie auf ihn zuging. Sie trug ihr Haar hoch aufgesteckt und stark gepudert mit blauem Iris-

puder, und auf ihrer langen Schleppe, die ein Affe trug, waren in lustigen Farben die Zeichen des Tierkreises eingestickt. Sie kam näher: Es war doch nicht die Königin von Saba; es war eine Pflegerin, deren Gesicht er in der Dunkelheit nicht sehen konnte und die ihren Arm berufsmäßig unter seinen Kopf legte und ihm aus einem Glas zu trinken gab, ohne ihn anzusehen. Er sagte „Danke schön“, mit seiner natürlichen Stimme, die ihn in der Stille überraschte. Doch sie ging weiter, ohne zu antworten, und er sah, daß sie ein Tablett voller Gläser hatte, die wie kleine Gloden gefungen hatten, als sie auf ihn zugekommen war. Trotz der Dunkelheit bemerkte er die selbstbewußten Bewegungen der Pflegerin, wie sie schweigend von einem Bett zum andern ging und das Tablett mit den Gläsern vor sich hielt. Er drehte den Kopf auf den Kissen herum, um sie zu beobachten, wie sie ihren Arm unter den Kopf des Mannes neben ihm legte, um dem zu trinken zu geben.

„Eine Jungfrau“, sagte er zu sich selbst. „Wirklich eine Jungfrau“. Und er lachte leise, trotz des stechenden Schmerzes in seinem Bein. Er fühlte plötzlich, sein Bewußtsein wache aus einer Betäubung auf. Die Schwermut, die ihn Monate hindurch niedergedrückt hatte, war plötzlich gewichen. Er war frei. Der Gedanke stieg fröhlich in ihm auf, daß, so lange er in diesem Bett im Hospital liegen werde, niemand Befehle gegen ihn schreiben werde, niemand ihm sagen werde, das Gewehr zu reinigen, keiner da sein werde, den man grüßen müsse, kein Sergeant, dem es zu schmeicheln gelte. Hier würde er den ganzen Tag liegen können, seine eigenen Gedanken denken, sein eigenes Leben leben.

Vielleicht war er schwer genug verwundet, um aus dem Heer entlassen zu werden. Der Gedanke daran ließ sein Herz wie wild schlagen. Das bedeutete ja, daß er, der sich selbst aufgegeben hatte der sich hatte niederretzen lassen, ohne Widerstand, in den Schlamm der Sklaverei, der keinen Ausweg aus dieser Treitmühle erblickt hatte, als den Tod, leben werde. Er, John Andrews, würde leben.

Und plötzlich schien es ihm unfaßbar, daß er sich je aufgegeben hatte, daß je die Disziplin über ihn die Oberhand gewonnen konnte. Er sah sich noch einmal, wie er sich früher gesehen hatte, bevor sein Leben sich ausgelöscht hatte, bevor er ein Sklave unter Skaven geworden war. Er erinnerte sich an den Garten, wo er in seiner Anabenzzeit im dröhen Sommer nachmittags unter den Mythenbäumen träumend saß,

während die Kornfelder rauschten und in der Hitze schimmerten. Er erinnerte sich an den Tag, wo er nackt in der Mitte des Zimmers gestanden hatte, während der Rekrutierungsleutnant ihn belokpte und abmaß. Er wunderte sich plötzlich, welcher Tag wohl sei, konnte es wirklich wahr sein, daß das nur ein Jahr her war? Ja, in diesem Jahr waren alle anderen Jahre seines Lebens ausgelöscht worden. Jetzt konnte er ein neues Leben beginnen. Er würde dieses feige Kriechen vor äußeren Dingen aufgeben. Ohne Bedenken er selbst sein.

Der Schmerz in den Beinen lokalisierte sich nach und nach in den Wunden. Eine Zeit lang kämpfte er dagegen, um weiter denken zu können; doch ein beständiges Pochen drängte sich immer mehr in sein Bewußtsein, obschon er verzweifelt seine blassen Erinnerungen aufzrischen wollte, an all das denken, was lebendig und schön in seinem Leben gewesen war und sich einen neuen Boden für einen Widerstand gegen die Welt schaffen, von dem aus er neu zu leben beginnen könne; doch langsam wurde er wieder das klagende Stück schmerzenden Fleisches, der in der Treitmühle gebrochene Sklave. Er begann wieder zu stöhnen.

Kaltes, starrgraues Licht filterte hinein und ertränkte den gelblichen Schein der Lampe, der zuerst verglimmte und dann verschwand. Andrews beobachtete die Reihe der Bettstellen ihm gegenüber und die dunklen Wästen der Decke über seinem Kopfe. „Dieses Haus muß sehr alt sein“, sagte er zu sich selbst, und dieser Gedanke erregte ihn etwas. Wie seltsam, daß die Königin von Saba an sein Bett kam! Es war Jahre her, daß er von all dem geträumt hatte; von dem Mädchen an einem Kreuzweg, singend unter der Straßenlampe und Rosen zerpflegend, all die halbrationalen Aspekte, all die Wünsche der Phantasie. . . . Das war die Königin von Saba. Er flüsterte die Worte laut: „la reine de Saba, la reine de Saba“, und mit dem Zittern der Erwartung, demselben Zittern, das er als Knabe fühlte, am Abend vor Weihnachten, mit dem Gefühl der neuen, großen Dinge, die seiner warteten, legte er seinen Kopf auf die Arme, wie auf ein Kissen und begann sanft einzuschlafen.

„So was können auch nur diese Franzmänner, aus so einer Drecksbude ein Hospital machen“, sagte der Diensthabeude, der mit den Beinen weit auseinander und mit den Händen auf den Hüften dastand und mit dem Gesicht einer Reihe von Bettstellen zugewandt zu allen sprach, die sich wohl genug fühlten, ihm zuzuhören. (Fortsetzung folgt.)

